

TRACTATENBLAD

VAN HET

KONINKRIJK DER NEDERLANDEN

JAARGANG 2026 Nr. 19

A. TITEL

*Verdrag inzake exportcontrole in het defensiedomein (met bijlagen);
Parijs, 17 september 2021*

Voor een overzicht van de verdragsgegevens, zie verdragsnummer 013974 in de Verdragenbank.

B. TEKST

Übereinkommen über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich

Die Staaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, im Folgenden als »Vertragsparteien« bezeichnet,

eingedenk ihrer europäischen und internationalen Verpflichtungen im Bereich der Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern und der Genehmigung von Ausfuhren, insbesondere des Vertrags vom 2. April 2013 über den Waffenhandel und, für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 in der Fassung vom 16. September 2019 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern,

in Anbetracht ihrer jeweiligen Zuständigkeit für die Genehmigung von Verbringungen und Ausfuhren aus ihren jeweiligen Hoheitsgebieten von Rüstungsgütern aus regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekten und solchen, die von ihrer jeweiligen Industrie entwickelt wurden,

in Anbetracht dessen, dass jede Vertragspartei ihre nationale Ausfuhrkontrolle für Rüstungsgüter auf der Grundlage ihrer nationalen Rechtsvorschriften, einschließlich ihrer nationalen Grundsätze zur Exportkontrollpolitik, durchführt,

in Anerkennung der Bedeutung verlässlicher Verbringungs- und Ausfuhrmöglichkeiten für den wirtschaftlichen und politischen Erfolg ihrer industriellen und zwischenstaatlichen Zusammenarbeit,

in Bekräftigung ihrer Bereitschaft, den mit der Ausfuhrkontrolle für Rüstungsgüter verbundenen Verwaltungsaufwand zu verringern und so den Erfolg ihrer gemeinsamen Programme sicherzustellen und Industriepartnerschaften zwischen den Vertragsparteien zu erleichtern,

Bezugnehmend auf die verschiedenen zwischen den Vertragsparteien bestehenden Übereinkünfte über Zusammenarbeit und zweiseitigen Sicherheitsabkommen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Regierungsseitige Gemeinschaftsprojekte und ihre Untersysteme

1. Sind zwei oder mehr Vertragsparteien an denselben regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekten beteiligt, so sind die in diesem Artikel festgelegten Grundsätze für die betroffenen Vertragsparteien auf diese regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekte und deren Untersysteme anwendbar.

2. Die Vertragsparteien unterrichten die anderen betroffenen Vertragsparteien – frühzeitig vor Aufnahme formeller Verhandlungen – über die Möglichkeit von Verkäufen an Dritte und übermitteln die zur Bewertung durch die andere Vertragspartei oder die anderen Vertragsparteien erforderlichen Informationen. Diese Übermittlung von Informationen schließt Gespräche über die Bedingungen, unter denen das Vorhaben aus Sicht

der verbringenden oder ausführenden Vertragspartei im Einklang mit den europäischen und internationalen Verpflichtungen aller betroffenen Vertragsparteien durchgeführt werden kann, ein.

3. Eine betroffene Vertragspartei widerspricht einer von einer anderen Vertragspartei beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr an Dritte nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

4. Sollte eine betroffene Vertragspartei beabsichtigen, einer Verbringung oder einer Ausfuhr zu widersprechen, so unterrichtet sie die anderen betroffenen Vertragsparteien so früh wie möglich, spätestens zwei Monate nach Kenntniserlangung der beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr. Diese Vertragsparteien leiten umgehend hochrangige Konsultationen ein, um ihre Bewertungen auszutauschen und angemessene Lösungen zu finden. Die Vertragspartei, die einer Verbringung oder einer Ausfuhr widerspricht, unternimmt alle Anstrengungen, um alternative Lösungen vorzuschlagen.

Artikel 2

Rüstungsgüter aus industrieller Zusammenarbeit

1. Eine Vertragspartei widerspricht der Verbringung oder der Ausfuhr eines Rüstungssystems eines Herstellers einer anderen Vertragspartei, das Rüstungsgüter enthält, die in ihrem Hoheitsgebiet im Rahmen der Vertiefung der Integration ihrer Rüstungsindustrien entwickelt wurden, an Dritte durch die andere Vertragspartei nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

2. Sollte eine Vertragspartei beabsichtigen, einer Verbringung oder einer Ausfuhr zu widersprechen, so unterrichtet sie die andere betroffene Vertragspartei so früh wie möglich, spätestens zwei Monate nach Kenntniserlangung der beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr. Diese Vertragsparteien leiten umgehend hochrangige Konsultationen ein, um ihre Bewertungen auszutauschen und angemessene Lösungen zu finden.

3. Die Einzelheiten der Durchführung dieses Artikels regelt Anlage 1 zu diesem Übereinkommen, die einen Bestandteil desselben darstellt.

Artikel 3

»De-minimis«-Grundsatz

1. Nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 1 oder 2 fallende von einem Hersteller einer Vertragspartei entwickelte Rüstungsgüter, die in ein Rüstungssystem eines Herstellers einer anderen Vertragspartei integriert werden sollen (im Folgenden als »Zulieferungen« bezeichnet), unterliegen dem »De-minimis«-Grundsatz.

2. Nach dem in Absatz 1 genannten »De-minimis«-Grundsatz erteilt eine Vertragspartei, sofern ihr Zulieferanteil zu einem durch eine andere Vertragspartei aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem unterhalb eines zwischen allen Vertragsparteien zuvor einvernehmlich festgelegten Prozentsatzes liegt, unverzüglich die entsprechenden Ausfuhr-, Verbringungsoder Reexportgenehmigungen, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

3. Die Einzelheiten der Durchführung dieses Artikels regeln die Anlagen 2 und 3 zu diesem Übereinkommen, die einen Bestandteil desselben darstellen.

Artikel 4

Ständiges Gremium

1. Die Vertragsparteien richten zur Beilegung von Differenzen bezüglich der operativen Durchführung ein ständiges Gremium zur Beratung über die durch dieses Übereinkommen geregelten allgemeinen Angelegenheiten ein.

2. Die Vertragsparteien benennen nationale Anlaufstellen und machen diese Information untereinander zugänglich.

3. Die betroffenen Vertragsparteien richten Ad-hoc-Gremien zur Beratung über die in Artikel 1 Absatz 4, Artikel 2 Absatz 2 und in den Anlagen 1 und 2 zu diesem Übereinkommen genannten Konsultationen oder über sonstige konkrete, durch dieses Übereinkommen geregelte und nicht alle Vertragsparteien betreffende Fragen ein.

Artikel 5

Austausch von Verschlusssachen

Alle aufgrund dieses Übereinkommens zur Verfügung gestellten oder erstellten Verschlusssachen oder geschützten Informationen werden im Einklang mit dem einschlägigen zweiseitigen Sicherheitsabkommen zwischen den betroffenen Vertragsparteien aufbewahrt, behandelt, übermittelt und geschützt. Ist zwischen den betroffenen Vertragsparteien kein zweiseitiges Sicherheitsabkommen anwendbar, so werden Verschlusssachen weder ausgetauscht noch erstellt.

Artikel 6

Schlussbestimmungen

1. Dieses Übereinkommen wird ab dem Tag seiner Unterzeichnung vorläufig angewandt. Es tritt am Tag der Hinterlegung der letzten Notifikation eines Unterzeichnerstaats über den Abschluss seiner für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren bei der Regierung der Französischen Republik, die als Verwahrer bestimmt wird, in Kraft.

2. Sollte dieses Übereinkommen nicht innerhalb von zwei Jahren nach seiner Unterzeichnung gemäß Absatz 1 in Kraft getreten sein, so können die Vertragsparteien, die dem Verwahrer den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert haben, einvernehmlich anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) oder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) oder den Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie erlauben, dem Übereinkommen beizutreten. In diesem Fall tritt dieses Übereinkommen an dem Tag in Kraft, an dem der erste Staat, dem nach Satz 1 erlaubt wurde, diesem Übereinkommen beizutreten, beim Verwahrer die Notifikation über den Abschluss seiner für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren hinterlegt. Nach seinem Inkrafttreten wird das Übereinkommen weiterhin vorläufig auf den Unterzeichnerstaat angewandt, der den Abschluss seiner innerstaatlichen Verfahren nicht notifiziert hat, solange dieser den anderen Vertragsparteien nicht seine Absicht notifiziert hat, keine Vertragspartei des Übereinkommens zu werden.

3. Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens können die Vertragsparteien, die dem Verwahrer den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert haben, durch einen einstimmigen Beschluss anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) oder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) oder den Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie erlauben, diesem Übereinkommen beizutreten.

4. Für jede neue Vertragspartei tritt das Übereinkommen am Tag der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde beim Verwahrer in Kraft.

5. Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten jederzeit durch schriftliche Mitteilung an die anderen Vertragsparteien kündigen.

6. Die Vertragspartei, die dieses Übereinkommen gekündigt hat, erfüllt weiterhin alle Verbindlichkeiten und Pflichten aus diesem Übereinkommen im Hinblick auf Verbringungen oder Ausfuhren von Rüstungsgütern, deren jeweilige Verbringungs- oder Ausfuhrgenehmigung vor dem Wirksamwerden der Kündigung beantragt wurde. Die Vertragspartei, die dieses Übereinkommen gekündigt hat, und die verbleibenden Vertragsparteien beraten sich untereinander in dem nach Artikel 4 Absatz 1 eingerichteten ständigen Gremium, solange sie dies zur Klärung der durch die Kündigung aufgeworfenen Fragen für notwendig erachten.

7. Die Urschrift dieses Übereinkommens wird beim Verwahrer hinterlegt.

8. Die Registrierung dieses Übereinkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird durch den Verwahrer unverzüglich nach dem Inkrafttreten eingeleitet. Die übrigen Vertragsparteien werden unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

GESCHEHEN zu Paris am 17. September 2021 in einer Urschrift in französischer, deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Der Verwahrer übermittelt allen Vertragsparteien beglaubigte Abschriften.

Anlage 1

Artikel 2 – Rüstungsgüter aus industrieller Zusammenarbeit

I. Begriffsbestimmungen für die Einzelheiten nach Artikel 2

Im Sinne dieser Anlage gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

1. Der Begriff „betroffene Vertragsparteien“ bezieht sich auf die Vertragsparteien, bei denen in der Anerkennungsphase eines Projekts ein Antrag eingeht (vgl. »Anwendungsbereich« unten). In der anschließenden Genehmigungsphase für Ausfuhrvorgänge bezieht er sich auf die Vertragsparteien, die ein Projekt nach Artikel 2 als berücksichtigungsfähig anerkannt haben.
2. Der Begriff »Ausfuhrvorgang« bezieht sich auf einen spezifischen Vorgang zur Ausfuhr oder Verbringung in andere Staaten als die betroffenen Vertragsparteien (im Folgenden als »Drittstaaten« bezeichnet), der für gewöhnlich in der Erfüllung von aus einem Vertrag oder einer Bestellung erwachsenden Verpflichtungen besteht.
3. Der Begriff »Reexport« bezieht sich auf Verbringungen zwischen den betroffenen Vertragsparteien zur anschließenden Ausfuhr oder Verbringung in Drittstaaten. Zudem bezieht er sich auch auf alle weiteren anschließenden Ausfuhr- und Verbringungen von einem Drittstaat in einen anderen Drittstaat.
4. Der Begriff »Projekt« bezieht sich auf ein Projekt der industriellen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der Rüstungsindustrien der betroffenen Vertragsparteien, aus dem möglicherweise ein Ausfuhrvorgang/Ausfuhrvorgänge hervorgehen kann/können.
5. Der Begriff »industrielle Partner« bezieht sich auf an einem Projekt beteiligte Unternehmen der betroffenen Vertragsparteien.
6. Der Begriff »Rüstungssystem« im Sinne des Artikels 2 bezieht sich auf alle in der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union aufgeführten Artikel.

II. Anwendungsbereich – Ein zweistufiges Verfahren

Um die weitere Integration der Rüstungsindustrien der betroffenen Vertragsparteien zu fördern und zu unterstützen, richtet Artikel 2 ein zweistufiges Verfahren für die Genehmigung von Ausfuhr- und Verbringungen ein, die für ein vorab anerkanntes Projekt der industriellen Zusammenarbeit erforderlich sind:

1. Verfahren zur Anerkennung von Projekten

1. Vor der Nutzung der vereinfachten Genehmigungsverfahren durch Ausführer nach Artikel 2 ist ein gemeinsames regierungsseitiges Anerkennungsverfahren erforderlich. Alle betroffenen Vertragsparteien erzielen ein gemeinsames Verständnis darüber, ob ein Projekt als Projekt der industriellen Zusammenarbeit nach Artikel 2 benannt werden kann. Das Anerkennungsverfahren für Projekte ersetzt nicht das anschließende Verfahren zur Genehmigung von Ausfuhr- und Verbringungen.
2. Jedes Projekt wird einzeln geprüft. Projekte sollen im Interesse aller betroffenen Vertragsparteien sein und müssen zur Integration der jeweiligen Rüstungsindustrien beitragen. Sie sollen durch ein Element fortlaufender Zusammenarbeit gekennzeichnet sein. Die Berücksichtigung sowohl bestehender als auch neuer Kooperationsprojekte ist möglich.
3. Die Unternehmen, die sich für die Aufnahme eines Projekts entscheiden und von den Vorschriften des Artikels 2 profitieren möchten, müssen eine gemeinsame Beschreibung ihres Projekts auf der Grundlage gemeinsam abgestimmter Elemente vorlegen.
4. Wenn alle betroffenen Vertragsparteien Einigkeit darüber erzielen, dass das Projekt ganz oder teilweise nach Artikel 2 berücksichtigungsfähig ist, benachrichtigen sie die betroffenen industriellen Partner in ihrem Hoheitsgebiet darüber. In dieser Benachrichtigung erfolgt auch eine Klärung des genauen Umfangs und Ausmaßes der Anerkennung.
5. Die industriellen Partner sind dazu verpflichtet, ihren jeweiligen Genehmigungsbehörden jegliche Änderungen an der Art des Projekts mitzuteilen. Änderungen, die von einer betroffenen Vertragspartei für bedeutsam erachtet werden, erfordern eine Neubewertung durch alle betroffenen Vertragsparteien darüber, ob das Projekt noch immer nach Artikel 2 berücksichtigungsfähig ist.

2. Verfahren zur Genehmigung von Ausfuhr- und Verbringungen

1. Nach der Anerkennung als gemäß Artikel 2 berücksichtigungsfähiges Projekt werden nachfolgende Genehmigungsentscheidungen im Einklang mit Artikel 2 getroffen. Die industriellen Partner legen ihre jeweiligen Genehmigungsanträge den zuständigen Genehmigungsbehörden unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Artikel 2 des Übereinkommens und auf ihr Projekt vor. Sollte eine betroffene Vertragspartei dem Reexport oder der Verbringung durch eine andere betroffene Vertragspartei widersprechen, gilt Artikel 2 Absatz 2.
2. Der Ausfuhrvorgang, für den ein Genehmigungsantrag geprüft wird, muss der Beschreibung des nach Artikel 2 als berücksichtigungsfähig anerkannten Projekts entsprechen.
3. Der Umfang der nach Artikel 2 zu prüfenden Genehmigungsanträge umfasst,

- sofern die Endnutzer der Enderzeugnisse bekannt sind: alle Verbringungen (einschließlich von Technologie) zwischen den industriellen Partnern sowie nachgelagerte Lieferungen an am Herstellungs- und Entwicklungsprozess beteiligte Empfänger sowie an Endnutzer;
 - sofern die Endnutzer den industriellen Partnern zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht bekannt waren oder sich die Endnutzer seitdem geändert haben: alle auf der Grundlage der Anforderungen für Reexportgenehmigungen oder von Reexportvorbehalten zu treffenden Entscheidungen, sofern auf diese nicht vorab verzichtet worden ist.
4. Die Entscheidung über die Gewährung oder Verweigerung der Ausfuhrgenehmigung für das Enderzeugnis obliegt der Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet die Ausfuhr erfolgt, und unterliegt nicht Artikel 2.
 5. Die Genehmigungen werden im Einklang mit den jeweiligen nationalen Vorschriften und Praktiken erteilt. Diese beinhalten die nationalen Anforderungen für die Übergabe von Endverbleibserklärungen, einschließlich der nationalen Bestimmungen über die Anforderungen für Reexportgenehmigungen.
 6. Die betroffenen Vertragsparteien können im Einklang mit den nationalen Datenschutzbestimmungen Informationen über Genehmigungsanträge im Rahmen von Kooperationsprojekten austauschen.

Anlage 2

Artikel 3 – »De-minimis«-Grundsatz

1. Vereinfachte Genehmigungsverfahren nach dem »De-minimis«-Grundsatz finden nur Anwendung auf Zulieferungen, wie in Artikel 3 Absatz 1 dieses Übereinkommens definiert, von in der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union in ihrer jeweils geltenden Fassung aufgeführten Gütern, ausgenommen davon sind Zulieferungen von den in Anlage 3 aufgeführten Gütern.
2. Die Vertragsparteien verfahren nach dem »De-minimis«-Grundsatz bei einem Zulieferanteil bis zu einem prozentualen Schwellenwert von 20 % des Gesamtwerts des aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystems. Dieser Gesamtwert umfasst keine Instandhaltungsmaßnahmen, Ersatzteile, Schulungen oder Reparaturen.
3. Im Rahmen des in Artikel 4 beschriebenen ständigen Gremiums überprüfen die Vertragsparteien in regelmäßigen Abständen die Umsetzung des »De-minimis«-Grundsatzes und des in Absatz 2 festgelegten prozentualen Schwellenwerts; in Ausnahmefällen geschieht dies auch auf Ersuchen einer Vertragspartei.
4. Übersteigt der nationale Zulieferanteil einer Vertragspartei nicht den in Absatz 2 festgelegten Schwellenwert, so erteilt diese die entsprechende Verbringungs-, Ausfuhr- oder Reexportgenehmigung unverzüglich, außer in dem Ausnahmefall, dass ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.
5. Findet der »De-minimis«-Grundsatz Anwendung, so
 - ist die Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet das Gesamtsystem aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien verbracht oder ausgeführt wird, alleinig für die Prüfung der Einhaltung der gemeinsamen internationalen und EU-rechtlichen Verpflichtungen jeder betroffenen Vertragspartei zuständig;
 - ist eine Endverbleibserklärung oder ein Nachweis über den Nichtreexport im Zusammenhang mit der Verbringungsgenehmigung zwischen den betroffenen Vertragsparteien nicht erforderlich. Ein Nachweis über die Integration der Zulieferung in das Gesamtsystem kann von der jeweiligen Vertragspartei verlangt werden.
6. Instandhaltungsmaßnahmen, Ersatzteile, Schulungen und Reparaturen von nach dem »De-minimis«-Grundsatz ausgeführten oder verbrachten Zulieferungen werden wie Anträge auf Ausfuhr- oder Verbringungsgenehmigungen nach dem »De-minimis«-Grundsatz behandelt.
7. Der Zulieferanteil einer Vertragspartei an dem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem wird wie folgt festgestellt:
 - Sollte das eine Zulieferung erhaltende Unternehmen die Anwendung des »De-minimis«-Grundsatzes wünschen, so teilt es seiner nationalen Genehmigungsbehörde und seinen Zulieferern die jeweiligen Zulieferanteile der einzelnen Vertragsparteien an seinem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem mit;
 - sollte das Zuliefererunternehmen die Anwendung des »De-minimis«-Grundsatzes wünschen, so teilt es seiner nationalen Genehmigungsbehörde den jeweiligen Zulieferanteil an dem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem mit;
 - der Endintegrator wird den entsprechenden Zulieferanteil jeder betroffenen Vertragspartei am Gesamtsystem feststellen. Dafür berücksichtigt der Endintegrator alle über eine andere Vertragspartei erhaltenen Anteile. Der Endintegrator berücksichtigt dabei bezogen auf jeden seiner direkten Zulieferer, der mehr als 2 % zum Gesamtwert des Gesamtsystems beiträgt, die Güter, die dieser Zulieferer direkt von einer betroffenen Vertragspartei bezogen hat.
8. Die nationale Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei kann jederzeit bei der nationalen Genehmigungsbehörde einer anderen Vertragspartei eine Bestätigung der von dem die Zulieferung erhaltenden Unternehmen mitgeteilten Informationen anfordern.

Anlage 3

Artikel 3 – Güter, auf die der »De-minimis«-Grundsatz nicht angewendet wird

CL1 Waffen mit glattem Lauf mit einem Kaliber kleiner als 20 mm, andere Handfeuerwaffen und Maschinenwaffen mit einem Kaliber von 12,7 mm (0,50 Inch) oder kleiner:

1. Maschinengewehre;
2. Maschinenpistolen;
3. Vollautomatische Gewehre, besonders konstruiert für militärische Zwecke.

CL2 Waffen mit glattem Lauf mit einem Kaliber von 20 mm oder größer, andere Waffen oder Bewaffnung mit einem Kaliber größer als 12,7 mm (0,50 Inch):

4. Geschütze;
5. Haubitzen;
6. Kanonen;
7. Mörser;
8. Panzerabwehrwaffen;
9. Einrichtungen zum Abfeuern von letalen Geschossen und Raketen;
10. Gewehre;
11. Rückstoßfreie Gewehre;
12. Waffen mit glattem Lauf.

CL3 Munition sowie die übrigen nachstehend aufgeführten Güter:

13. Munition für die von Nummer CL1, CL2 erfassten Waffen;
14. Einzelne Treibladungen und Geschosse für die von Nummern 5, 6 und 7 erfassten Waffen;
15. Einzelne Zünder für die von Nummer 5, 6, 7 und 11 erfassten Waffen.

CL4 Bomben, Torpedos, Raketen, Flugkörper, andere Sprengkörper und -ladungen sowie die übrigen nachstehend aufgeführten Güter:

16. Bomben;
17. Torpedos;
18. Granaten;
19. Raketen;
20. Minen;
21. Flugkörper;
22. Wasserbomben;
23. Sprengkörper-Ladungen und Sprengkörper-Zubehör, besonders konstruiert für militärische Zwecke;
24. Zünder für die von den Nummern 16 bis 20, 22, 23 erfassten Waffen;
25. Gefechtsköpfe und Zielsuchköpfe für die von Nummer 17 und 19 erfassten Waffen;
26. Antriebssysteme für die von Nummer 16 und 19 erfassten Waffen;
27. Zünder, Zielsuchköpfe, Gefechtsköpfe und Antriebssysteme für bodengerichtete Lenkflugkörper.

CL 5 Nachstehend aufgeführte Güter zum Einbau in Kampfpanzer:

28. Fahrgestelle, besonders konstruiert für Kampfpanzer;
29. Türme, besonders konstruiert für Kampfpanzer.

CL 6 Nachstehend aufgeführte Güter zum Einbau in bemannte militärische Luftfahrzeuge:

30. Triebwerke;
31. ganze Zellen für Kampfflugzeuge.

Accord relatif au contrôle des exportations en matière de défense

Les États parties au présent Accord, ci-après dénommés les « Parties contractantes »,

Rappelant leurs engagements européens et internationaux dans le domaine du contrôle des exportations de technologie et d'équipements militaires et de l'autorisation des exportations, en particulier le Traité sur le commerce des armes du 2 avril 2013 et, pour les États membres de l'Union européenne, la Position commune 2008/944/PESC du Conseil du 8 décembre 2008 dans sa version du 16 septembre 2019, définissant des règles communes régissant le contrôle des exportations de technologie et d'équipements militaires,

Reconnaissant leur compétence respective pour autoriser le transfert ou l'exportation, depuis leur territoire, de produits liés à la défense issus de programmes intergouvernementaux ou mis au point par leurs industries,

Reconnaissant que chaque Partie contractante procède au contrôle national de ses exportations de produits liés à la défense sur le fondement de sa législation et de sa réglementation nationales, notamment les principes politiques nationaux en matière de contrôle des exportations,

Reconnaissant l'importance de disposer de perspectives fiables en matière de transfert et d'exportation pour assurer la réussite économique et politique de leur coopération industrielle et intergouvernementale,

Affirmant leur volonté de réduire la charge administrative qui pèse sur le contrôle des exportations de produits liés à la défense, afin de garantir le succès de leurs programmes conjoints et de faciliter les partenariats industriels entre les Parties contractantes,

Se référant aux différents accords de coopération et accords bilatéraux de sécurité entre les Parties contractantes,

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1^{er}

Programmes intergouvernementaux et leurs sous-systèmes

1. Si deux Parties contractantes ou plus participent aux mêmes programmes intergouvernementaux, les principes énoncés dans le présent article s'appliquent auxdits programmes intergouvernementaux et à leurs sous-systèmes, entre les Parties contractantes concernées.
2. Les Parties contractantes informent les autres Parties contractantes concernées, bien avant le début des négociations officielles, de la possibilité de ventes à des tierces parties, et transfèrent les informations nécessaires à leur analyse. Ce transfert d'informations inclut les discussions concernant les conditions permettant, du point de vue de la Partie contractante qui procède au transfert ou à l'exportation, de procéder à cette opération dans le respect des engagements européens et internationaux de chacune des Parties contractantes concernées.
3. Une Partie contractante concernée ne s'oppose pas à un transfert ou à une exportation vers une tierce partie voulu par une autre Partie contractante, sauf de façon exceptionnelle, lorsque ce transfert ou cette exportation porte atteinte à ses intérêts directs ou à sa sécurité nationale.
4. Si une Partie contractante concernée a l'intention de s'opposer à un transfert ou à une exportation, elle en informe les autres Parties contractantes concernées dès que possible et dans un délai maximal de deux mois à compter du moment où elle est informée du projet de transfert ou d'exportation. Ces Parties contractantes organisent immédiatement des consultations de haut niveau pour partager leurs analyses et trouver des solutions appropriées. La Partie contractante opposée à un transfert ou à une exportation met tout en œuvre pour proposer des solutions de remplacement.

Article 2

Produits liés à la défense issus de la coopération industrielle

1. Une Partie contractante ne s'oppose pas à l'exportation ou au transfert par une autre Partie contractante vers une tierce partie d'un système d'armement d'un industriel de l'autre Partie contractante intégrant des produits liés à la défense mis au point sur son territoire dans le cadre du renforcement de l'intégration de leurs industries de défense, sauf de façon exceptionnelle, lorsque ce transfert ou cette exportation porte atteinte à ses intérêts directs ou à sa sécurité nationale.
2. Si une Partie contractante a l'intention de s'opposer à un transfert ou à une exportation, elle en informe l'autre Partie contractante concernée dès que possible et dans un délai maximal de deux mois à compter du moment où elle est informée du projet d'exportation ou de transfert. Ces Parties contractantes organisent immédiatement des consultations de haut niveau pour partager leurs analyses et trouver des solutions appropriées.
3. Les modalités d'application du présent article sont fixées dans l'Annexe 1 au présent Accord, qui en fait partie intégrante.

Article 3

Principe « de minimis »

1. Les produits liés à la défense mis au point par un industriel de l'une des Parties contractantes qui échappent au champ d'application des articles 1^{er} et 2 du présent Accord, et qui sont destinés à être intégrés à un système d'armement d'un industriel d'une autre Partie contractante (ci-après dénommés « produits destinés à l'intégration »), sont régis par le principe « de minimis ».
2. Au titre du principe « de minimis » mentionné au paragraphe précédent, dès lors que la part des produits destinés à l'intégration des industriels d'une Partie contractante dans un système final transféré ou exporté par une autre Partie contractante hors du territoire des Parties contractantes demeure inférieure à un pourcentage arrêté au préalable par accord mutuel entre toutes les Parties contractantes, la Partie contractante

sollicitée délivre les autorisations d'exportation, de transfert ou de réexportation correspondantes sans délai, sauf de façon exceptionnelle, lorsque ce transfert, cette exportation ou cette réexportation porte atteinte à ses intérêts directs ou à sa sécurité nationale.

3. Les modalités d'application du présent article sont fixées dans les Annexes 2 et 3 au présent Accord, qui en font partie intégrante.

Article 4

Le comité permanent

1. Les Parties contractantes créent un comité permanent afin de se consulter sur toutes les questions d'ordre général régies par le présent Accord pour régler les divergences en matière de mise en œuvre opérationnelle.

2. Les Parties contractantes désignent des points de contact nationaux et partagent ces informations entre elles.

3. Les Parties contractantes concernées mettent en place des organes ad hoc pour les consultations visées au paragraphe 4 de l'article 1^{er}, au paragraphe 2 de l'article 2, et dans les Annexes 1 et 2 du présent Accord, ou pour toute autre question spécifique régie par le présent Accord qui ne concerne pas toutes les Parties contractantes.

Article 5

Échange d'informations classifiées

Toute information classifiée ou protégée communiquée ou générée en application du présent Accord est conservée, manipulée, transmise et sauvegardée conformément à l'accord bilatéral de sécurité applicable entre les Parties contractantes concernées. En l'absence d'accord bilatéral de sécurité applicable entre les Parties contractantes concernées, les informations classifiées ne sont ni échangées, ni générées.

Article 6

Dispositions finales

1. Le présent Accord s'applique provisoirement à compter de la date de sa signature. Il entre en vigueur à la date à laquelle le dernier État signataire dépose auprès du Gouvernement de la République française, désigné comme le Dépositaire, la notification de l'accomplissement de ses procédures internes requises à cet effet.

2. Si le présent Accord n'est pas entré en vigueur dans un délai de deux ans à compter de la date de sa signature conformément au paragraphe 1 du présent article, les Parties contractantes qui ont notifié au Dépositaire l'accomplissement de leurs procédures internes requises à cet effet peuvent, par accord conjoint et unanime, permettre à d'autres États membres de l'Union européenne (UE) ou de l'Association européenne de libre-échange (AELE) ou parties à l'Accord-cadre relatif aux mesures visant à faciliter les restructurations et le fonctionnement de l'industrie européenne de défense d'adhérer à l'Accord. Dans ce cas, le présent Accord entre en vigueur à la date à laquelle le premier État autorisé à y adhérer conformément à la première phrase de ce paragraphe dépose auprès du Dépositaire la notification de l'accomplissement de ses procédures internes requises à cet effet. Après son entrée en vigueur, l'Accord continue de s'appliquer provisoirement à l'État signataire qui n'a pas notifié l'accomplissement de ses procédures internes dès lors que celui-ci n'a pas informé les autres Parties contractantes de son intention de ne pas devenir Partie à l'Accord.

3. Après l'entrée en vigueur du présent Accord, les Parties contractantes qui ont notifié au Dépositaire l'accomplissement de leurs procédures internes requises à cet effet peuvent, par décision unanime, autoriser d'autres États membres de l'Union européenne (UE) ou de l'Association européenne de libre-échange (AELE) ou parties à l'Accord-cadre relatif aux mesures visant à faciliter les restructurations et le fonctionnement de l'industrie européenne de défense à adhérer au présent Accord.

4. Pour toute nouvelle Partie contractante, l'Accord entre en vigueur à la date de dépôt de son instrument d'adhésion auprès du Dépositaire.

5. Toute Partie contractante peut à tout moment dénoncer le présent Accord, moyennant un préavis écrit de six mois adressé aux autres Parties contractantes.

6. La Partie contractante qui a dénoncé le présent Accord continue de respecter les engagements et obligations énoncés dans le présent Accord concernant les transferts ou les exportations de produits liés à la défense pour lesquels l'autorisation de transfert ou d'exportation correspondante a été sollicitée avant la

prise d'effet de ladite dénonciation. La Partie contractante qui a dénoncé le présent Accord ainsi que les autres Parties contractantes se consultent au sein du comité permanent créé conformément au paragraphe 1 de l'article 4 aussi longtemps qu'elles le jugent nécessaire afin de régler les questions liées à la dénonciation.

7. L'original du présent Accord est déposé auprès du Dépositaire.

8. L'enregistrement du présent Accord auprès du Secrétariat des Nations unies conformément à l'article 102 de la Charte des Nations unies est effectué par le Dépositaire aussitôt après son entrée en vigueur. Les autres Parties contractantes sont informées de l'enregistrement ainsi que du numéro d'enregistrement auprès des Nations unies dès confirmation par le Secrétariat.

FAIT à PARIS, le 17 septembre 2021, en un exemplaire original en langues allemande, française et espagnole, tous les textes faisant également foi. Le Dépositaire fournit des copies certifiées conformes à toutes les Parties contractantes.

Annexe 1 :

Article 2 – Produits liés à la défense issus de la coopération industrielle

I. Définitions aux fins de l'application de l'article 2

Aux fins de la présente annexe, les définitions suivantes s'appliquent :

1. L'expression « Parties concernées » désigne les Parties contractantes qui recevront une demande pendant la phase de reconnaissance des Projets (voir champ d'application ci-dessous). Lors de la phase subséquente d'autorisation des opérations d'exportation, cette expression désigne les Parties contractantes qui ont reconnu un projet comme éligible en vertu de l'article 2.
2. L'expression « Opération d'exportation » désigne une opération spécifique d'exportation ou de transfert à destination d'États autres que les Parties concernées (ci-après dénommés « pays tiers de destination »), consistant généralement à exécuter les obligations découlant d'un contrat ou d'une commande.
3. Le terme « Réexportation » désigne les transferts entre des Parties concernées qui font ultérieurement l'objet d'une exportation ou d'un transfert vers des pays tiers de destination. Ce terme désigne également toute exportation ou tout transfert ultérieur depuis un pays tiers de destination vers un autre.
4. Le terme « Projet » désigne un projet de coopération industrielle entre des entreprises du secteur de la défense des Parties concernées, pouvant ultérieurement aboutir à une ou plusieurs Opérations d'exportation.
5. L'expression « Partenaires industriels » désigne les entreprises des Parties concernées qui participent à un projet.
6. L'expression « système d'armement » désigne, dans le cadre de l'article 2, tout article figurant sur la liste commune des équipements militaires de l'Union européenne.

II. Champ d'application – un processus en deux étapes :

Afin de promouvoir et de soutenir le renforcement de l'intégration des industries de défense des Parties concernées, l'article 2 met en place un processus en deux étapes pour les licences d'exportation nécessaires aux fins d'un projet de coopération industrielle préalablement reconnu :

1. Processus de reconnaissance des Projets

1. Un processus gouvernemental conjoint de reconnaissance est requis avant que les exportateurs puissent recourir aux procédures d'autorisation simplifiées établies en vertu de l'article 2. Toutes les Parties concernées s'entendront sur la possibilité pour un Projet d'être identifié ou non comme un projet de coopération industrielle conformément à l'article 2. Le processus de reconnaissance des Projets ne se substitue pas à la procédure ultérieure d'autorisation des Opérations d'exportation.
2. Chaque Projet sera analysé au cas par cas. Les Projets doivent être dans l'intérêt de toutes les Parties concernées et contribuer à l'intégration de leurs industries de défense respectives. Ils doivent se caractériser par un élément de coopération permanente. Les Projets éligibles peuvent être des projets de coopération existants ou nouveaux.
3. Les entreprises qui décident de s'engager dans un Projet et qui souhaitent bénéficier des règles énoncées à l'article 2 sont tenues de soumettre une description commune de leur Projet élaborée à partir d'éléments arrêtés conjointement.
4. Si toutes les Parties concernées conviennent que le Projet est en tout ou en partie éligible au titre de l'article 2, elles en informent les Partenaires industriels respectifs sur leur territoire. Cette notification précise également le champ d'application et la portée exacts de la reconnaissance.

5. Les Partenaires industriels sont tenus de notifier à leurs autorités respectives de contrôle des exportations toute modification affectant la nature du Projet. Si elles sont jugées significatives par une Partie concernée, les modifications font l'objet d'une nouvelle analyse de toutes les Parties concernées afin de déterminer si le Projet est toujours éligible au titre de l'article 2.

2. Procédure d'autorisation des Opérations d'exportation

1. Une fois qu'un Projet est reconnu comme éligible au titre de l'article 2, les décisions ultérieures en matière d'autorisation sont prises conformément à cet article. Les Partenaires industriels soumettent leurs demandes de licence correspondantes à leurs autorités nationales de contrôle des exportations en faisant explicitement référence à l'article 2 de l'Accord et à leur Projet. Si une Partie concernée souhaite s'opposer à la Réexportation ou au transfert par une autre Partie concernée, l'article 2, paragraphe 2, s'applique.
2. L'Opération d'exportation examinée dans le cadre des demandes de licence doit être conforme à la description du Projet reconnu comme éligible au titre de l'article 2.
3. Le périmètre des demandes de licences examinées au titre de l'article 2 est le suivant :
 - Si les utilisateurs finaux des produits finaux sont connus : tous les transferts (y compris la technologie) entre les Partenaires industriels et les livraisons ultérieures aux destinataires impliqués dans le processus de production et de développement et aux utilisateurs finaux ;
 - Si les utilisateurs finaux n'étaient pas connus des Partenaires industriels au moment de la demande de licence ou si les utilisateurs finaux ont fait l'objet de modifications : toutes les décisions sur la base des exigences en matière d'autorisation de Réexportation ou des clauses de non-Réexportation, si celles-ci n'ont pas été levées au préalable.
4. La décision d'octroyer ou de refuser la licence pour l'exportation du produit final incombe à la Partie depuis le territoire de laquelle l'exportation s'effectue et n'entre pas dans le champ d'application de l'article 2.
5. Les licences seront octroyées conformément aux réglementations et pratiques nationales respectives. Ceci inclut les exigences nationales relatives à la présentation de certificats d'utilisation finale, notamment les dispositions nationales concernant les exigences en matière d'autorisation de Réexportation.
6. Les Parties concernées peuvent échanger des informations sur les demandes de licence dans le cadre de projets de coopération, conformément aux règles nationales de protection des données.

Annexe 2 :

Article 3 – Principe « *de minimis* »

1. Les procédures d'autorisation simplifiées soumises au principe « *de minimis* » s'appliquent exclusivement aux produits destinés à l'intégration, définis au paragraphe 1 de l'article 3 du présent Accord, qui figurent sur la liste commune des équipements militaires de l'Union européenne, dans sa version en vigueur, à l'exception des produits spécifiés dans l'Annexe 3.
2. Les Parties contractantes appliquent le principe « *de minimis* » avec un seuil en pourcentage unique fixé à 20 % de la valeur totale du système final qui fait l'objet d'une exportation ou d'un transfert en dehors du territoire des Parties contractantes. Cette valeur totale n'inclut ni les activités de maintenance, ni les pièces détachées, ni la formation, ni les réparations.
3. Les Parties contractantes réexaminent régulièrement la mise en œuvre du principe « *de minimis* » et le seuil en pourcentage fixé au paragraphe 2 ci-dessus, dans le cadre du comité permanent décrit au paragraphe 1 de l'article 4, ainsi que de façon exceptionnelle, à la demande de l'une des Parties contractantes.
4. Lorsque la part nationale de produits destinés à l'intégration d'une Partie contractante n'excède pas le seuil fixé au paragraphe 2 ci-dessus, cette Partie contractante délivre les autorisations de transfert, d'exportation ou de réexportation correspondantes sans délai, sauf de façon exceptionnelle, lorsque ce transfert, cette exportation ou cette réexportation porte atteinte à ses intérêts directs ou à sa sécurité nationale.
5. Si le principe « *de minimis* » s'applique :
 - la Partie contractante depuis le territoire de laquelle le système final est transféré ou exporté hors du territoire des Parties contractantes est la seule en charge d'évaluer la conformité avec les engagements communs pris à l'échelle internationale et dans le cadre de l'Union européenne par chacune des Parties contractantes concernées ;
 - aucun certificat d'utilisation finale ni certificat de non-réexportation n'est demandé à l'appui de la licence de transfert entre les Parties contractantes concernées. Un certificat d'intégration du produit dans le système final peut être demandé par la Partie contractante considérée.
6. Les activités de maintenance, les pièces détachées, la formation et la réparation des produits destinés à l'intégration exportés ou transférés au titre du principe « *de minimis* » sont traités comme des demandes d'autorisation d'exportation ou de transfert bénéficiant du principe « *de minimis* ».
7. La part de produits destinés à l'intégration provenant d'une Partie contractante dans un système final exporté ou transféré est établie comme suit :

- l'entreprise destinataire, si elle souhaite bénéficier du principe « *de minimis* », communique à son autorité nationale de contrôle des exportations et à ses fournisseurs les parts correspondantes de produits destinés à l'intégration provenant de chaque Partie contractante intégrés dans le système final destiné à être transféré ou exporté ;
 - l'entreprise fournisseuse, si elle souhaite bénéficier du principe « *de minimis* », communique à son autorité nationale de contrôle des exportations la part correspondante de produits destinés à l'intégration qui doivent être intégrés dans le système final destiné à être transféré ou exporté ;
 - l'intégrateur final fixera la part respective des produits provenant de chaque Partie contractante concernée dans le système final. À cette fin, il prend en considération toutes les parts reçues par l'intermédiaire d'autres Parties contractantes. L'intégrateur final prend en considération, pour chacun de ses fournisseurs directs représentant plus de 2 % de la valeur totale finale, les produits que ce fournisseur s'est procurés directement auprès d'une Partie contractante concernée.
8. L'autorité nationale de contrôle des exportations d'une Partie contractante peut à tout moment demander à l'autorité nationale de contrôle des exportations d'une autre Partie contractante de confirmer les informations données par l'entreprise destinataire.

Annexe 3 :

Article 3 – Produits exclus de l'application du principe « *de minimis* »

CL1 Armes à canon lisse d'un calibre inférieur à 20 mm, autres armes et armes automatiques d'un calibre inférieur ou égal à 12,7 mm (calibre 0,50 pouce) :

1. mitrailleuses ;
2. pistolets-mitrailleurs ;
3. fusils entièrement automatiques spécialement conçus pour un usage militaire.

CL2 Armes à canon lisse d'un calibre égal ou supérieur à 20 mm, autres armes ou armements d'un calibre supérieur à 12,7 mm (calibre 0,50 pouce) :

4. canons ;
5. obusiers ;
6. pièces d'artillerie ;
7. mortiers ;
8. armes antichars ;
9. lanceurs de projectiles létaux ;
10. fusils ;
11. canons sans recul ;
12. armes à canon lisse.

CL3 Munitions et produits énumérés ci-dessous :

13. munitions destinées aux armes visées aux points CL1 et CL2 ;
14. charges propulsives indépendantes et projectiles destinés aux armes visées aux points 5, 6 ou 7 ;
15. fusées indépendantes destinées aux armes visées aux points 5, 6, 7 ou 11.

CL4 Bombes, torpilles, roquettes, missiles, autres dispositifs et charges explosifs et produits cités ci-dessous :

16. bombes ;
17. torpilles ;
18. grenades ;
19. roquettes ;
20. mines ;
21. missiles ;
22. charges sous-marines ;
23. charges, dispositifs et kits de démolition spécialement conçus pour un usage militaire ;
24. fusées destinées aux armes visées aux points 16 à 20, 22 ou 23 ;
25. têtes explosives, autodirecteurs destinés aux armes visées aux points 17 ou 19 ;
26. systèmes de propulsion destinés aux armes visées aux points 16 ou 19 ;
27. fusées, autodirecteurs, têtes explosives et systèmes de propulsion destinés aux missiles permettant un ciblage au sol.

CL5 Produits énumérés ci-dessous, pour intégration dans des chars de combat :

28. châssis spécialement conçu pour char de combat ;
29. tourelles spécialement conçues pour char de combat.

CL6 Produits énumérés ci-dessous pour intégration dans des aéronefs militaires avec équipage :

30. moteurs de propulsion pour aéronefs ;
 31. cellules complètes pour avions de combat.
-

Acuerdo relativo a los controles de exportación en el ámbito de defensa

Los Estados partes en el presente Acuerdo, en lo sucesivo denominados las «Partes contratantes»,

Recordando sus compromisos europeos e internacionales en el ámbito del control de exportaciones de tecnología y equipos militares y la autorización de exportaciones, en particular el Tratado sobre el Comercio de Armas de 2 de abril de 2013 y, para los Estados miembros de la Unión Europea, la Posición Común 2008/944/PESC del Consejo, de 8 de diciembre de 2008, en su versión del 16 de septiembre de 2019, por la que se definen las reglas comunes que rigen el control de las exportaciones de tecnología y equipos militares,

Reconociendo sus respectivas competencias para autorizar la transferencia o la exportación, desde sus territorios, de productos ligados a la defensa resultantes de programas intergubernamentales o desarrollados por sus industrias,

Reconociendo que cada Parte contratante lleva a cabo el control nacional de sus exportaciones de productos ligados a la defensa sobre la base de su legislación y normativa nacionales, en particular los principios nacionales en materia de políticas de control de las exportaciones,

Reconociendo la importancia de disponer de perspectivas fiables en materia de transferencias y de exportaciones para asegurar el éxito económico y político de su cooperación industrial e intergubernamental,

Afirmando su voluntad de reducir la carga administrativa que pesa sobre el control de las exportaciones de productos ligados a la defensa a fin de garantizar el éxito de sus programas conjuntos y facilitar las asociaciones industriales entre las Partes contratantes,

Refiriéndose a los diversos acuerdos de cooperación y acuerdos bilaterales de seguridad entre las Partes contratantes,

Han acordado lo siguiente:

Artículo 1

Programas intergubernamentales y sus subsistemas

1. Cuando dos o más Partes contratantes participen en los mismos programas intergubernamentales, los principios establecidos en este artículo se aplicarán a esos programas intergubernamentales y a sus subsistemas, entre las Partes contratantes interesadas.
2. Las Partes contratantes informarán a las demás Partes contratantes interesadas, mucho antes del comienzo de las negociaciones oficiales, de la posibilidad de ventas a terceros, y les transferirán la información necesaria para su análisis. Esta transferencia de información incluye las conversaciones sobre las condiciones en las que, desde el punto de vista de la Parte contratante que procede a la transferencia o a la exportación, la operación puede llevarse a cabo dentro del respeto a los compromisos europeos e internacionales de cada una de las Partes contratantes interesadas.
3. Una Parte contratante interesada no se opondrá a una transferencia o a una exportación a un tercero propuesta por otra Parte contratante, excepto de forma excepcional, cuando esta transferencia o exportación comprometa sus intereses directos o su seguridad nacional.
4. Si una de las Partes contratantes interesadas tiene la intención de oponerse a una transferencia o a una exportación, informará a las demás Partes contratantes interesadas cuanto antes y en un plazo máximo de dos meses a contar desde el momento en que haya tenido conocimiento del proyecto de transferencia o exportación. Estas Partes contratantes organizarán de inmediato consultas de alto nivel para compartir sus análisis e identificar soluciones apropiadas. La Parte contratante que se oponga a una transferencia o a una exportación hará todo lo posible para proponer soluciones alternativas.

Artículo 2

Productos ligados a la defensa procedentes de la cooperación industrial

1. Una Parte contratante no se opondrá a la exportación o a la transferencia por otra Parte contratante a un tercero de un sistema de armamento de un fabricante de dicha otra Parte contratante que integre productos ligados a la defensa desarrollados en su territorio en el marco del refuerzo de la integración de sus industrias de defensa, salvo de manera excepcional, cuando esta transferencia o exportación comprometa sus intereses directos o su seguridad nacional.
2. Si una Parte contratante tiene intención de oponerse a una transferencia o a una exportación, informará a la otra Parte contratante interesada cuanto antes y en un plazo máximo de dos meses a contar desde el

momento en que haya tenido conocimiento del proyecto de exportación o transferencia. Las Partes contratantes organizarán de inmediato consultas de alto nivel para compartir sus análisis e identificar soluciones apropiadas.

3. Los términos de aplicación de este artículo se fijan en el anexo 1 del presente Acuerdo, que forma parte integrante del mismo.

Artículo 3

Principio «de minimis»

1. Los productos ligados a la defensa desarrollados por un fabricante de una de las Partes contratantes que queden fuera del campo de aplicación de los artículos 1 y 2 del presente Acuerdo y que vayan a integrarse en un sistema de armamento de un fabricante de otra Parte contratante (en lo sucesivo, los «productos destinados a la integración») se registrarán por el principio «de minimis».

2. Conforme al principio «de minimis» mencionado en el párrafo 1, cuando la parte de los productos destinados a la integración de los fabricantes de una de las Partes contratantes en el sistema final transferido o exportado por otra Parte contratante fuera del territorio de las Partes contratantes sea inferior a un porcentaje fijado previamente mediante acuerdo mutuo entre todas las Partes contratantes, la Parte contratante requerida expedirá sin demora las autorizaciones de exportación, transferencia o reexportación correspondientes, salvo de manera excepcional, cuando esta transferencia, exportación o reexportación comprometa sus intereses directos o su seguridad nacional.

3. Los términos de aplicación de este artículo se fijan en los anexos 2 y 3 del presente Acuerdo, del que forman parte integrante.

Artículo 4

Órgano permanente

1. Las Partes contratantes establecerán un órgano permanente para consultarse mutuamente sobre todas las cuestiones generales reguladas por el presente Acuerdo, con el fin de resolver las discrepancias sobre la aplicación operativa.

2. Las Partes contratantes designarán Puntos Focales Nacionales y compartirán esta información entre ellas.

3. Las Partes contratantes interesadas establecerán órganos *ad hoc* para las consultas a que se hace referencia en el artículo 1 (párrafo 4), el artículo 2 (párrafo 2), y los anexos 1 y 2 del presente Acuerdo, o para cualquier otra cuestión específica regulada por el presente Acuerdo que no afecte a todas las Partes contratantes.

Artículo 5

Intercambio de información clasificada

Toda información clasificada o protegida que se proporcione o genere a resultas de este Acuerdo será conservada, tratada, transmitida y salvaguardada de conformidad con los acuerdos bilaterales de seguridad aplicables entre las Partes contratantes interesadas. Cuando no haya acuerdo bilateral de seguridad aplicable entre las Partes contratantes interesadas, no se intercambiará o generará información clasificada.

Artículo 6

Disposiciones finales

1. El presente Acuerdo se aplicará provisionalmente a partir de la fecha de su firma. Entrará en vigor en la fecha en que el último de los Estados signatarios haya depositado la notificación de la finalización de sus procedimientos internos requeridos para la entrada en vigor ante el Gobierno de la República Francesa, que es designado Depositario.

2. Si el presente Acuerdo no ha entrado en vigor dentro de los dos años siguientes a la fecha de su firma de conformidad con el párrafo 1 de este artículo, las Partes contratantes que hayan notificado la finalización de sus procedimientos internos requeridos para la entrada en vigor al Depositario podrán, mediante un pacto conjunto y consensuado, permitir adherirse al Acuerdo a otros Estados miembros de la Unión Europea (UE) o de la Asociación Europea de Libre Comercio (AELC) o a los Estados contratantes del Acuerdo Marco relativo a las medidas encaminadas a facilitar la reestructuración y funcionamiento de la industria europea de defensa. En tal caso, el presente Acuerdo entrará en vigor en la fecha en la que el primer Estado al que se permita adherirse a este Acuerdo de conformidad con la primera cláusula de este párrafo haya depositado la

notificación de la finalización de sus procedimientos internos requeridos para la entrada en vigor ante el Depositario. Tras su entrada en vigor, el Acuerdo seguirá aplicándose de forma provisional al Estado signatario que no ha notificado la finalización de sus procedimientos internos, mientras no notifique a las demás Partes contratantes su intención de no ser parte del Acuerdo.

3. Tras la entrada en vigor del presente Acuerdo, las Partes contratantes que hayan notificado la finalización de sus procedimientos internos requeridos para la entrada en vigor del Acuerdo al Depositario podrán, por decisión unánime, permitir adherirse al Acuerdo a otros Estados de la Unión Europea (UE) o de la Asociación Europea de Libre Comercio (AELC) o a los Estados contratantes del Acuerdo Marco relativo a las medidas encaminadas a facilitar la reestructuración y funcionamiento de la industria europea de defensa.

4. Para cualquier nueva Parte contratante, el Acuerdo entrará en vigor en la fecha de depósito de su instrumento de adhesión ante el Depositario.

5. Cualquiera de las Partes contratantes podrá denunciar el presente Acuerdo en cualquier momento, mediante notificación por escrito enviada a las demás Partes contratantes con seis meses de antelación.

6. La Parte contratante que haya denunciado el presente Acuerdo seguirá vinculada por los compromisos y obligaciones enunciados en el mismo respecto de las transferencias o exportaciones de productos ligados a la defensa para las que se haya solicitado la respectiva autorización de transferencia o exportación antes de la fecha en que surta efecto la denuncia. La Parte contratante que haya denunciado el presente Acuerdo y las demás Partes contratantes se consultarán mutuamente, en el seno del órgano permanente creado en virtud del párrafo 1 del artículo 4 del presente Acuerdo, durante el tiempo que consideren necesario para resolver las cuestiones planteadas por la denuncia.

7. El original del presente Acuerdo se depositará ante el Depositario.

8. El registro del presente Acuerdo en la Secretaría de las Naciones Unidas, de conformidad con el Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas, será efectuado por el Depositario inmediatamente después de la entrada en vigor. Las demás Partes contratantes serán informadas del registro, así como del número de registro de las Naciones Unidas, tan pronto como la Secretaría lo haya confirmado.

HECHO en París el 17 de septiembre de 2021, en un ejemplar original en alemán, francés y español, considerándose todos los textos igualmente auténticos. El Depositario proporcionará copias certificadas a todas las Partes contratantes.

Anexo 1

Artículo 2 – Productos ligados a la defensa procedentes de la cooperación industrial

1. Definiciones para la aplicación del artículo 2

A los efectos de este anexo, resultarán de aplicación las siguientes definiciones:

1. La expresión «Partes interesadas» se refiere a las Partes contratantes que recibirán una solicitud en la fase de reconocimiento del Proyecto (véase ámbito de aplicación ad infra). En la fase posterior de autorización de operación de exportación, se refiere a aquellas Partes contratantes que han reconocido el Proyecto como susceptible de ser considerado a los efectos del artículo 2.
2. La expresión «Operación de exportación» se refiere a una operación específica de exportación o transferencia a Estados distintos de las Partes interesadas (de ahora en adelante denominados «terceros países de destino»), que suele consistir en el cumplimiento de las obligaciones derivadas de un contrato o un pedido.
3. El término «Reexportación» se refiere a las transferencias entre Partes interesadas que son posteriormente exportadas o transferidas a terceros países de destino. También se entiende cualquier exportación o transferencia posterior desde un tercer país de destino hasta otro tercer país de destino.
4. El término «Proyecto» se refiere a un proyecto de cooperación industrial entre empresas del sector de la defensa de las Partes interesadas, que pueda finalmente dar lugar a operaciones de exportación.
5. La expresión «Socios industriales» se refiere a las empresas de las Partes interesadas que participan en un Proyecto.
6. La expresión «Sistema de armamento» se refiere, al amparo del artículo 2, a cualquier elemento incluido en la Lista Común Militar de la Unión Europea.

II. Ámbito de aplicación – Un proceso en dos fases

A fin de impulsar y apoyar una mayor integración de las industrias de defensa de las Partes interesadas, el artículo 2 establece un proceso en dos fases para las autorizaciones de exportación requeridas en relación con un Proyecto de cooperación industrial previamente reconocido:

1. Proceso de reconocimiento de proyectos

1. Será necesario un proceso de reconocimiento gubernamental conjunto antes de que los exportadores puedan utilizar los procedimientos de autorización simplificados previstos en el artículo 2. Todas las Partes interesadas llegarán a un acuerdo común sobre si un Proyecto puede considerarse un Proyecto de cooperación industrial con arreglo al artículo 2. El proceso de reconocimiento de proyectos no sustituirá al posterior procedimiento de autorización de operaciones de exportación.
2. Cada Proyecto se evaluará de manera individual. Los Proyectos deben redundar en el interés de todas las Partes interesadas y contribuir a la integración de sus respectivas industrias de defensa. Deben incluir un elemento de cooperación continua. Los Proyectos admisibles pueden consistir en Proyectos de cooperación nuevos o ya existentes.
3. Las empresas que decidan embarcarse en un Proyecto y deseen beneficiarse de las normas establecidas en el artículo 2 deberán presentar una descripción común de su Proyecto sobre la base de elementos acordados conjuntamente.
4. Si todas las Partes interesadas se muestran de acuerdo en que el Proyecto cumple total o parcialmente los requisitos necesarios para su consideración con arreglo a lo dispuesto en el artículo 2, se lo notificarán a los respectivos Socios industriales ubicados en su territorio. En dicha notificación también se aclararán el alcance y la extensión exactos del reconocimiento.
5. Los Socios industriales deberán notificar a sus respectivas autoridades de control cualquier cambio en la naturaleza del Proyecto. Si cualquiera de las Partes interesadas estima que los cambios son significativos, será necesario que todas ellas evalúen de nuevo si el Proyecto sigue siendo admisible para su consideración en virtud del artículo 2.

2. Procedimiento de autorización de las operaciones de exportación

1. Una vez que un Proyecto es considerado admisible en virtud del artículo 2, las decisiones posteriores en materia de autorizaciones se adoptarán de conformidad con dicho artículo. Los Socios industriales presentarán sus respectivas solicitudes de autorización a sus autoridades nacionales de control de exportaciones, haciendo referencia explícita al artículo 2 del Acuerdo y a su Proyecto. Si una de las Partes interesadas desea oponerse a la reexportación o transferencia por parte de otra Parte interesada, se aplicará el artículo 2, párrafo 2.
2. La Operación de exportación para la que vaya a solicitarse autorización deberá ajustarse a la descripción del Proyecto reconocido como admisible en el marco del artículo 2.
3. Las solicitudes de autorización examinadas en virtud del artículo 2 abarcarán:
 - Si se conocen los usuarios finales de los artículos finales: Todas las transferencias (incluida la tecnología) entre Socios industriales y las posteriores entregas a los consignatarios implicados en el proceso de producción y desarrollo y a los usuarios finales;
 - Si los Socios industriales desconocen los usuarios finales en el momento de solicitar la autorización o los usuarios finales han sido objeto de algún cambio: Todas las decisiones sobre la base de los requisitos de autorización de Reexportación o de las cláusulas de no Reexportación, si no se ha renunciado a ellas previamente.
4. La decisión de conceder o denegar una autorización para la exportación del artículo final corresponderá a la Parte desde cuyo territorio vaya a realizarse la exportación y no se regirá por el artículo 2.
5. Las autorizaciones se otorgarán con arreglo a las respectivas normativas y prácticas nacionales. Ello incluye los requisitos nacionales relativos a la presentación de certificados de último destino, incluidas las disposiciones nacionales sobre requisitos de autorización de Reexportación.
6. Las Partes interesadas podrán intercambiar información sobre las solicitudes de autorización en el marco de Proyectos de cooperación, de conformidad con su normativa nacional sobre protección de datos.

Anexo 2

Artículo 3 – Principio «de minimis»

1. Los procedimientos simplificados de concesión de autorizaciones con arreglo al principio «de minimis» se aplicarán exclusivamente a los productos destinados a la integración definidos en el artículo 3, párrafo 1, del presente Acuerdo, que figuran en la Lista Común Militar de la Unión Europea, en su versión en vigor, con la excepción de los productos especificados en el anexo 3.

2. Las Partes contratantes aplicarán el principio «*de minimis*» con un límite porcentual único fijado en el 20% del valor total del sistema final que será objeto de exportación o de transferencia fuera del territorio de las Partes contratantes. El valor total no incluye ni las actividades de mantenimiento, ni los repuestos, ni la formación, ni las reparaciones.
3. Las Partes contratantes examinarán la aplicación del principio «*de minimis*» y el límite porcentual fijado en el párrafo 2 *supra* en el marco del órgano permanente descrito en el artículo 4(1) regularmente, o de manera excepcional a solicitud de una de las Partes contratantes.
4. Cuando la parte nacional de los productos destinados a la integración de una Parte contratante no supere el límite porcentual fijado en el párrafo 2 *supra*, esta Parte contratante expedirá sin demora las autorizaciones de transferencia, exportación o reexportación correspondientes, salvo de manera excepcional, cuando esta transferencia, exportación o reexportación comprometa sus intereses directos o su seguridad nacional.
5. Si el principio «*de minimis*» se aplica:
 - la Parte contratante desde cuyo territorio se transfiere o exporta el sistema final fuera del territorio de las Partes contratantes será la única encargada de evaluar el cumplimiento de los compromisos comunes asumidos a escala internacional y en el marco de la Unión Europea por cada una de las Partes contratantes interesadas;
 - no se requerirá ningún certificado de último destino o certificado de no reexportación en apoyo de la autorización de transferencia entre las Partes contratantes interesadas. La Parte contratante interesada podrá solicitar un certificado de integración del producto en el sistema final.
6. Las actividades de mantenimiento, las piezas de repuesto, la formación y la reparación de los productos destinados a la integración exportados o transferidos de acuerdo con el principio «*de minimis*» se tratarán como las solicitudes de autorización de exportación o transferencia en el marco del principio «*de minimis*».
7. La parte de los productos procedentes de una Parte contratante destinados a la integración en el sistema final que será objeto de exportación o transferencia se establecerá de la siguiente manera:
 - Si la empresa destinataria desea beneficiarse del principio «*de minimis*», comunicará a su autoridad nacional de control de las exportaciones y a sus proveedores las partes correspondientes de los productos destinados a la integración procedentes de cada Parte contratante, en el sistema final destinado a ser transferido o exportado;
 - Si la empresa proveedora desea beneficiarse del principio «*de minimis*», comunicará a su autoridad nacional de control de las exportaciones la parte pertinente de productos destinados a la integración que habrán de incorporarse al sistema final destinado a ser transferido o exportado;
 - El integrador final determinará la parte respectiva de los productos de cada Parte contratante interesada en el sistema final. Para ello, el integrador final tendrá en cuenta todas las partes recibidas a través de otra Parte contratante. El integrador final tendrá en cuenta, para cada uno de sus proveedores directos que representen más del 2% del valor total final, los productos que ese proveedor obtuvo directamente de una Parte contratante interesada.
8. La autoridad nacional de control de exportaciones de una Parte contratante podrá solicitar a la autoridad nacional de control de exportaciones de otra Parte contratante que confirme la información proporcionada por la empresa destinataria en cualquier momento.

Anexo 3

Artículo 3 – Bienes a los que no se aplicará el principio «*de minimis*»

CL1 Armas con cañón de ánima lisa con un calibre inferior a 20 mm, otras armas de fuego y armas automáticas con un calibre inferior o igual a 12,7 mm (calibre 0,50 pulgadas):

1. Ametralladoras;
2. Subfusiles;
3. Fusiles totalmente automáticos especialmente concebidos para uso militar.

CL2 Armas con cañón de ánima lisa con un calibre igual o superior a 20 mm, otras armas o armamento con un calibre superior a 12,7 mm (calibre 0,50 pulgadas):

4. Cañones;
5. Obuses;
6. Piezas de artillería;
7. Morteros;
8. Armas contracarro;
9. Lanzadores de proyectiles letales;
10. Fusiles;
11. Cañones sin retroceso;
12. Armas de ánima lisa.

CL3 Municiones y productos enumerados a continuación:

13. Municiones destinadas a las armas que figuran en CL1 y CL2;

14. Cargas de proyección independientes y proyectiles destinados a las armas que figuran en los puntos 5, 6 o 7;
15. Esboletas independientes destinadas a las armas que figuran en los puntos 5, 6, 7 u 11.
- CL4 Bombas, torpedos, cohetes, misiles, otros dispositivos y cargas explosivos y productos citados a continuación:
16. Bombas;
17. Torpedos;
18. Granadas;
19. Cohetes;
20. Minas;
21. Misiles;
22. Cargas submarinas;
23. Cargas, dispositivos y kits de demolición especialmente concebidos para uso militar;
24. Esboletas destinadas a las armas que figuran en los puntos 16 a 20, 22, 23;
25. Cabezas de guerra y sistemas de guiado destinados a las armas que figuran en los puntos 17 o 19;
26. Sistemas de propulsión destinados a las armas que figuran en los puntos 16 o 19;
27. Esboletas, sistemas de guiado, cabezas de guerra y sistemas de propulsión destinados a los misiles de ataque a tierra.
- CL5 Productos enumerados a continuación para integración en carros de combate:
28. Chasis especialmente concebidos para carro de combate;
29. Torres especialmente concebidas para carro de combate.
- CL6 Productos enumerados a continuación para integración en aeronaves militares tripuladas:
30. Motores de propulsión para aeronaves;
31. Estructuras primarias para aeronaves de combate.

C. VERTALING

Verdrag inzake exportcontrole in het defensiedomein

De Staten die partij zijn bij dit Verdrag, hierna de „verdragsluitende partijen” genoemd,

Herinnerend aan hun Europese en internationale verbintenissen op het gebied van controle op de uitvoer van militaire goederen en technologie en uitvoervergunningen, met name het Wapenhandelsverdrag van 2 april 2013 en, voor de lidstaten van de Europese Unie, het Gemeenschappelijk Standpunt 2008/944/GBVB van de Raad van 8 december 2008, in de versie van 16 september 2019, tot vaststelling van gemeenschappelijke voorschriften voor de controle op de uitvoer van militaire goederen en technologie,

Erkennend hun respectieve bevoegdheid om toestemming te verlenen voor de overdracht of uitvoer vanaf hun grondgebied van defensiegerelateerde producten die voortvloeien uit intergouvernementele programma's of die door hun industrieën zijn ontwikkeld,

Erkennend dat elke verdragsluitende partij nationale controles op haar uitvoer van defensiegerelateerde producten uitvoert op basis van haar nationale wet- en regelgeving, met inbegrip van de nationale beginselen van het exportcontrolebeleid,

Erkennend het belang van betrouwbare overdracht- en uitvoermogelijkheden voor het economische en politieke succes van hun industriële en intergouvernementele samenwerking,

Bevestigend dat zij bereid zijn de administratieve lasten voor de exportcontrole voor defensiegerelateerde producten te verminderen, teneinde het welslagen van hun gezamenlijke programma's te waarborgen en industriële partnerschappen tussen de verdragsluitende partijen te vergemakkelijken,

Verwijzend naar de verschillende samenwerkingsverdragen en bilaterale veiligheidsverdragen tussen de verdragsluitende partijen,

Zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Intergouvernementele programma's en hun subsystemen

1. Indien twee of meer verdragsluitende partijen aan dezelfde intergouvernementele programma's deelnemen, dan zijn de in dit artikel beschreven beginselen voor de betreffende verdragsluitende partijen van toepassing op die intergouvernementele programma's en hun subsystemen.

2. De verdragsluitende partijen stellen de andere betrokken verdragsluitende partijen ruim voor het begin van de formele onderhandelingen in kennis van de mogelijkheid van verkoop aan derden en verstrekken de

voor hun beoordeling benodigde informatie. Deze overdracht van informatie omvat besprekingen over de voorwaarden waaronder, vanuit het oogpunt van de verdragsluitende partij die overgaat tot de overdracht of uitvoer, overgegaan kan worden tot deze transactie in overeenstemming met de Europese en internationale verbintenissen van alle betrokken verdragsluitende partijen.

3. Een betrokken verdragsluitende partij verzet zich niet tegen een door een andere verdragsluitende partij voorgenomen overdracht of uitvoer naar een derde partij, behalve in uitzonderlijke omstandigheden, wanneer deze overdracht of uitvoer haar rechtstreekse belangen of de nationale veiligheid schaadt.

4. Indien een betrokken verdragsluitende partij voornemens is bezwaar te maken tegen een overdracht of uitvoer, stelt zij de andere betrokken verdragsluitende partijen daarvan zo spoedig mogelijk in kennis, uiterlijk binnen een termijn van twee maanden nadat zij van de voorgenomen overdracht of uitvoer in kennis is gesteld. Deze verdragsluitende partijen organiseren onmiddellijk overleg op hoog niveau om hun beoordeling te delen en passende oplossingen te vinden. De verdragsluitende partij die bezwaar maakt tegen een overdracht of uitvoer stelt alles in het werk om alternatieven voor te stellen.

Artikel 2

Defensiegerelateerde producten ontstaan door industriële samenwerking

1. Een verdragsluitende partij verzet zich niet tegen de uitvoer of overdracht door een andere verdragsluitende partij aan een derde partij van een wapensysteem van een producent uit het land van een andere verdragsluitende partij waarin defensiegerelateerde producten zijn verwerkt die op zijn grondgebied zijn ontwikkeld in het kader van de verdere integratie van hun defensie-industrie, behalve in uitzonderlijke omstandigheden, wanneer die overdracht of uitvoer haar directe belangen of de nationale veiligheid schaadt.

2. Indien een verdragsluitende partij voornemens is bezwaar te maken tegen een overdracht of uitvoer, stelt zij de andere betrokken verdragsluitende partij daarvan zo spoedig mogelijk in kennis, uiterlijk binnen een termijn van twee maanden nadat zij van de voorgenomen uitvoer of overdracht in kennis is gesteld. Deze verdragsluitende partijen organiseren onmiddellijk overleg op hoog niveau om hun beoordeling te delen en passende oplossingen te vinden.

3. De nadere bepalingen voor de toepassing van dit artikel zijn vastgesteld in bijlage 1 bij dit Verdrag, die daarvan een integraal deel uitmaakt.

Artikel 3

Het de-minimisbeginsel

1. Voor defensiegerelateerde producten die door een producent uit een van de verdragsluitende partijen zijn ontwikkeld en die buiten het toepassingsgebied van de artikelen 1 en 2 van dit Verdrag vallen en die bestemd zijn om te worden geïntegreerd in een wapensysteem van een producent van een andere verdragsluitende partij (hierna „componenten” genoemd), geldt het *de-minimis*-beginsel.

2. Op grond van het in het vorige lid bedoelde *de-minimis*-beginsel geeft een verdragsluitende partij, wanneer zijn aandeel van componenten die bestemd zijn voor de integratie in een eindproduct dat door een andere verdragsluitende partij buiten het grondgebied van de verdragsluitende partijen wordt overgedragen of uitgevoerd, lager blijft dan een percentage dat vooraf in onderlinge overeenstemming tussen alle verdragsluitende partijen is vastgesteld, onverwijld de overeenkomstige uitvoer-, overdrachts- of wederuitvoervergunningen af, behalve in uitzonderlijke gevallen, wanneer deze overdracht, uitvoer of wederuitvoer haar directe belangen of de nationale veiligheid zou schaden.

3. De nadere bepalingen voor de toepassing van dit artikel zijn vastgesteld in bijlagen 2 en 3 bij dit Verdrag, die daarvan een integraal deel uitmaken.

Artikel 4

Het Permanent Comité

1. De verdragsluitende partijen stellen een permanent comité in om elkaar te raadplegen over alle algemene aangelegenheden die onder dit Verdrag vallen, teneinde geschillen over de operationele uitvoering op te lossen.

2. De verdragsluitende partijen wijzen nationale contactpunten aan en stellen deze informatie onderling beschikbaar.

3. De betrokken verdragsluitende partijen richten ad-hoc-organen op voor het overleg bedoeld in artikel 1, vierde lid, artikel 2, tweede lid, en bijlagen 1 en 2 van dit Verdrag, of voor alle andere specifieke, onder dit Verdrag vallende aangelegenheden die niet alle verdragsluitende partijen betreffen.

Artikel 5

Uitwisseling van gerubriceerde gegevens

Gerubriceerde of beschermde gegevens die op grond van dit Verdrag worden verstrekt of gegenereerd, worden bewaard, behandeld, doorgegeven en beveiligd overeenkomstig het toepasselijke bilaterale beveiligingsverdrag tussen de betrokken verdragsluitende partijen. Indien een bilateraal beveiligingsverdrag tussen de betrokken verdragsluitende partijen ontbreekt worden geen gerubriceerde gegevens uitgewisseld noch gegenereerd.

Artikel 6

Slotbepalingen

1. Dit Verdrag is voorlopig van toepassing met ingang van de datum van ondertekening ervan. Het treedt in werking op de datum waarop de laatste ondertekenende staat bij de regering van de Franse Republiek, die is aangewezen als depositaris, kennisgeving doet van de voltooiing van zijn daartoe vereiste interne procedures.

2. Indien dit Verdrag niet binnen twee jaar na de datum van ondertekening overeenkomstig het eerste lid van dit artikel in werking is getreden, kunnen de verdragsluitende partijen die de depositaris in kennis hebben gesteld van de voltooiing van hun daartoe vereiste interne procedures, met gezamenlijke en unanieme overeenstemming andere lidstaten van de Europese Unie (EU) of de Europese Vrijhandelsassociatie (EVA) of partijen bij het kaderverdrag inzake maatregelen ter vergemakkelijking van de herstructurering en de werking van de Europese defensie-industrie toestaan tot het Verdrag toe te treden. In dergelijke gevallen treedt dit Verdrag in werking op de datum waarop de eerste staat die overeenkomstig de eerste zin van dit lid daartoe gemachtigd is, de depositaris in kennis stelt van de voltooiing van zijn daartoe vereiste interne procedures. Na de inwerkingtreding blijft het Verdrag voorlopig van toepassing op de ondertekenende staat die geen kennisgeving heeft gedaan van de voltooiing van zijn interne procedures, indien hij de andere verdragsluitende partijen niet in kennis heeft gesteld van zijn voornemen geen partij bij de Verdrag te worden.

3. Na de inwerkingtreding van dit Verdrag kunnen de verdragsluitende partijen die de depositaris ervan in kennis hebben gesteld dat hun daartoe vereiste interne procedures zijn voltooid, met eenparigheid van stemmen andere lidstaten van de Europese Unie (EU) of de Europese Vrijhandelsassociatie (EVA) of partijen bij de kaderverdrag inzake maatregelen ter vergemakkelijking van de herstructurering en de werking van de Europese defensie-industrie machtigen tot dit Verdrag toe te treden.

4. Voor elke nieuwe verdragsluitende partij treedt het Verdrag in werking op de datum van nederlegging van haar akte van toetreding bij de depositaris.

5. Elke verdragsluitende partij kan dit Verdrag te allen tijde opzeggen door de andere verdragsluitende partijen daarvan schriftelijk in kennis te stellen met een opzegtermijn van zes maanden.

6. De verdragsluitende partij die dit Verdrag heeft opgezegd, blijft de verbintenissen en verplichtingen van dit Verdrag nakomen met betrekking tot overdrachten of uitvoer van defensiegerelateerde producten waarvoor de overeenkomstige overdrachts- of uitvoervergunning is aangevraagd voordat die opzegging van kracht wordt. De verdragsluitende partij die dit Verdrag heeft opgezegd, en de andere verdragsluitende partijen plegen overleg in het overeenkomstig artikel 4, eerste lid, ingestelde Permanent Comité zolang zij dit nodig achten om kwesties in verband met de opzegging te regelen.

7. Het origineel van dit Verdrag wordt nedergelegd bij de depositaris.

8. De registratie van dit Verdrag bij het secretariaat van de Verenigde Naties overeenkomstig artikel 102 van het Handvest van de Verenigde Naties geschiedt onmiddellijk na de inwerkingtreding ervan door de depositaris. De andere verdragsluitende partijen worden na bevestiging door het secretariaat in kennis gesteld van de registratie en het registratienummer van de Verenigde Naties.

GEDAAN te PARIJS, op 17 september 2021, in één exemplaar in de Franse, de Duitse en de Spaanse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek. De depositaris verstrekt alle verdragsluitende partijen gewaarmerkte afschriften.

Bijlage 1:

Artikel 2 – Defensiegerelateerde producten ontstaan door industriële samenwerking

I. Definities voor de toepassing van artikel 2

Voor deze bijlage gelden de volgende definities:

1. Onder „betrokken partijen” wordt verstaan de verdragsluitende partijen die een aanvraag zullen ontvangen tijdens de erkenningsfase van de projecten (zie toepassingsgebied hieronder). In de volgende fase van goedkeuring van een uitvoertransactie verwijst deze term naar de verdragsluitende partijen die een project hebben erkend als in aanmerking komend krachtens artikel 2.
2. Onder „uitvoertransactie” wordt verstaan een specifieke uitvoer of overbrenging naar andere staten dan de betrokken partijen (hierna „derde land van bestemming” genoemd), gewoonlijk bestaande uit de uitvoering van verplichtingen uit hoofde van een contract of bestelling.
3. Onder „wederuitvoer” wordt verstaan het overbrengen van producten tussen de betrokken partijen, die vervolgens worden uitgevoerd of overgebracht naar derde landen van bestemming. Dit heeft ook betrekking op elke uitvoer of verdere overbrenging van een derde land van bestemming naar een ander derde land.
4. Onder „project” wordt verstaan een industrieel samenwerkingsproject tussen defensiebedrijven van de betrokken partijen, dat vervolgens tot een of meer uitvoertransacties kan leiden.
5. Onder „industriële partners” wordt verstaan de ondernemingen van de betrokken partijen die bij een project betrokken zijn.
6. Onder „wapensysteem” wordt in de context van artikel 2 verstaan elk goed op de gemeenschappelijke EU-lijst van militaire goederen.

II. Toepassingsgebied – een proces in twee stappen:

Om de verdere integratie van de defensie-industrie van de betrokken partijen te bevorderen en te ondersteunen, voorziet artikel 2 in een proces in twee stappen voor uitvoervergunningen die nodig zijn voor een eerder erkend industrieel samenwerkingsproject:

1. Procedure voor de erkenning van projecten

1. Voordat exporteurs gebruik kunnen maken van de vereenvoudigde vergunningsprocedures die zijn vastgesteld in artikel 2, is een gezamenlijk proces van erkenning door de overheid vereist. Alle betrokken partijen komen overeen of een project kan worden aangemerkt als een industrieel samenwerkingsproject overeenkomstig artikel 2. De procedure voor de erkenning van projecten komt niet in de plaats van de daaropvolgende vergunningsprocedure voor uitvoertransacties.
2. Elk project zal per geval worden beoordeeld. De projecten moeten in het belang zijn van alle betrokken partijen en bijdragen aan de integratie van hun respectieve defensie-industrieën. Zij moeten worden gekenmerkt door een element van voortdurende samenwerking. Zowel bestaande of nieuwe samenwerkingsprojecten kunnen in aanmerking komen.
3. Ondernemingen die besluiten deel te nemen aan een project en gebruik wensen te maken van de regels van artikel 2, dienen een gemeenschappelijke beschrijving van hun project in op basis van gezamenlijk overeengekomen elementen.
4. Indien alle betrokken partijen het erover eens zijn dat het project geheel of gedeeltelijk in aanmerking komt op grond van artikel 2, stellen zij de respectieve industriële partners op hun grondgebied daarvan in kennis. In die kennisgeving worden ook de precieze reikwijdte en omvang van de erkenning vermeld.
5. De industriële partners zijn verplicht hun respectieve exportcontrole-instanties in kennis te stellen van alle wijzigingen die van invloed zijn op de aard van het project. Wijzigingen die door een betrokken partij als belangrijk worden beschouwd, worden door alle betrokken partijen opnieuw beoordeeld om te bepalen of het project nog steeds in aanmerking komt op grond van artikel 2.

2. Vergunningsprocedure voor uitvoertransacties

1. Na erkenning van een project als in aanmerking komend op grond van artikel 2, worden volgende vergunningsbesluiten genomen overeenkomstig artikel 2. De industriële partners dienen hun desbetreffende vergunningsaanvragen in bij hun nationale exportcontrole-instanties, met uitdrukkelijke verwijzing naar artikel 2 van het Verdrag en hun project. Indien een betrokken partij zich tegen de wederuitvoer of overbrenging door een andere betrokken partij verzet, is het tweede lid van artikel 2 van toepassing.
2. De uitvoertransactie waarvoor een vergunningsaanvraag wordt beoordeeld, moet in overeenstemming zijn met de beschrijving van het project dat op grond van artikel 2 als in aanmerking komend is erkend.
3. Het toepassingsgebied van de vergunningsaanvragen die op grond van artikel 2 worden onderzocht, is als volgt:
 - Indien de eindgebruikers van de eindproducten bekend zijn: alle overdrachten (met inbegrip van technologie) tussen de industriële partners en daaropvolgende leveringen aan afnemers die betrokken zijn bij het productie- en ontwikkelingsproces en aan eindgebruikers;

- Indien de eindgebruikers ten tijde van de vergunningaanvraag niet bekend waren bij de industriële partners of indien de eindgebruikers werden gewijzigd: alle besluiten die gebaseerd zijn op vereisten inzake een vergunning voor wederuitvoer of niet-wederuitvoerclausules, voor zover daarvan niet vooraf is afgezien.
- 4. Het besluit tot verlening of weigering van de uitvoervergunning voor het eindproduct wordt genomen door de partij van waaruit de uitvoer plaatsvindt en valt niet binnen het toepassingsgebied van artikel 2.
- 5. Vergunningen worden verleend overeenkomstig de respectieve nationale voorschriften en praktijken. Dit omvat nationale voorschriften voor de indiening van eindgebruikvergunningen, met inbegrip van nationale bepalingen inzake vereisten inzake wederuitvoervergunningen.
- 6. De betrokken partijen kunnen informatie uitwisselen over vergunningaanvragen in het kader van samenwerkingsprojecten, overeenkomstig de nationale regels inzake gegevensbescherming.

Bijlage 2:

Artikel 3 – Het *de minimis*-beginsel

1. De vereenvoudigde vergunningsprocedures waarop het *de-minimis*beginsel van toepassing is, zijn uitsluitend van toepassing op voor integratie bestemde producten, zoals omschreven in het eerste lid van artikel 3 van dit Verdrag, die zijn opgenomen in de van kracht zijnde gemeenschappelijke EU-lijst van militaire goederen, met uitzondering van de in bijlage 3 genoemde producten.
2. De verdragsluitende partijen passen het *de-minimis*beginsel toe met een procentuele drempelwaarde tot en met 20% van de totale waarde van het eindsysteem dat buiten het grondgebied van de verdragsluitende partijen wordt uitgevoerd of overgebracht. Deze totale waarde omvat geen onderhoudsactiviteiten, reserveonderdelen, opleiding of reparaties.
3. In het kader van het in het tweede lid van artikel 4 bedoelde Permanent Comité evalueren de verdragsluitende partijen regelmatig de toepassing van het *de-minimis*beginsel en de in het eerste lid, bedoelde procentuele drempelwaarde; bij wijze van uitzondering gebeurt dit ook op verzoek van een van de verdragsluitende partijen.
4. Wanneer het nationale aandeel van voor integratie bestemde producten van een verdragsluitende partij de in het tweede lid, vastgestelde drempelwaarde niet overschrijdt, geeft die verdragsluitende partij onverwijld de overeenkomstige vergunning voor overdracht, uitvoer of wederuitvoer af, behalve in het uitzonderlijke geval dat een dergelijke overdracht, uitvoer of wederuitvoer haar rechtstreekse belangen of de nationale veiligheid zou schaden.
5. Indien het *de-minimis*beginsel van toepassing is:
 - is de verdragsluitende partij, van wiens grondgebied het eindsysteem wordt overgedragen of uitgevoerd uit het grondgebied van de verdragsluitende partijen, als enige verantwoordelijk voor de beoordeling van de naleving van de gemeenschappelijke verbintenissen die op internationaal niveau en in het kader van de Europese Unie door elk van de betrokken verdragsluitende partijen zijn aangegaan;
 - wordt geen eindgebruikerscertificaat of niet-wederuitvoercertificaat gevraagd ter onderbouwing van de vergunning voor overdracht tussen de betrokken verdragsluitende partijen. Een certificaat van integratie van het product in het eindsysteem kan van de betrokken verdragsluitende partij verzocht worden.
6. Onderhoudsactiviteiten, reserveonderdelen, opleiding en reparatie ten behoeve van voor integratie bestemde producten die in het kader van het *de-minimis*beginsel worden uitgevoerd of overgedragen, worden behandeld als aanvragen voor uitvoer- of overdrachtsvergunningen die onder het *de-minimis*beginsel vallen.
7. Het aandeel van voor integratie bestemde producten afkomstig van een verdragsluitende partij in een definitief uitgevoerd of overgedragen systeem wordt als volgt vastgesteld:
 - indien de ontvangende onderneming gebruik wenst te maken van het *de-minimis*beginsel, deelt zij aan haar nationale exportcontrole-instantie en haar leveranciers de overeenkomstige aandelen mede van de voor integratie bestemde producten afkomstig van elke verdragsluitende partij die in het over te dragen of uit te voeren eindsysteem zijn geïntegreerd;
 - indien de toeleverende onderneming gebruik wenst te maken van het *de-minimis*beginsel, deelt zij aan haar nationale exportcontrole-instantie het overeenkomstige aandeel mede van de voor integratie bestemde producten die in het over te dragen of uit te voeren eindsysteem worden geïntegreerd;
 - de eindintegrator stelt het aandeel van de producten uit elke betrokken verdragsluitende partij in het eindsysteem vast. Hierin betreft hij alle aandelen die via andere verdragsluitende partijen zijn ontvangen. De eindintegrator betreft hierin voor elk van zijn directe leveranciers die meer dan 2 % van de totale eindwaarde vertegenwoordigen de producten die hij rechtstreeks van een betrokken verdragsluitende partij heeft afgenomen.

8. De nationale exportcontrole-instantie van een verdragsluitende partij kan te allen tijde de nationale exportcontrole-instantie van een andere verdragsluitende partij verzoeken de door de ontvangende onderneming verstrekte informatie te bevestigen.

Bijlage 3:

Artikel 3 – Producten die van de toepassing van het *de-minimis*beginsel zijn uitgesloten

CL1 Wapens met gladde loop met een kaliber van minder dan 20 mm, andere wapens en machinegeweren met een kaliber van 12,7 mm (kaliber 0,50 inch) of minder:

1. machinegeweren;
2. machinepistolen;
3. speciaal voor militair gebruik ontworpen volautomatische geweren met gladde loop.

CL2 Wapens met gladde loop met een kaliber van 20 mm of meer, andere wapens met een kaliber groter dan 12,7 mm (kaliber 0,50 inch):

4. kanonnen;
5. houwitsers;
6. vuurmonden;
7. mortieren;
8. antitankwapens;
9. projectielwerpers en raketlanceerinrichtingen;
10. geweren;
11. terugstootloze vuurmonden;
12. wapens met gladde loop.

CL3 Munitie en hieronder vermelde producten:

13. munitie voor wapens als genoemd onder CL1 en CL2;
14. Individuele stuwstoffen en projectielen voor wapens als genoemd in punten 5, 6 of 7;
15. Individuele ontstekers, voor wapens bedoeld in punten 5, 6, 7 of 11.

CL4 Bommen, torpedo's, raketten, geleide projectielen, andere ontploffingsmechanismen en ladingen en hieronder vermelde producten:

16. bommen;
17. torpedo's;
18. granaten;
19. raketten;
20. mijnen;
21. geleide projectielen;
22. dieptebommen;
23. vernielingsladingen, -toestellen en -sets, speciaal ontworpen voor militair gebruik;
24. ontstekers, voor wapens bedoeld in punten 16 – 20, 22 of 23;
25. gevechtskoppen en doelzoekende koppen, voor wapens bedoeld in punten 17 of 19;
26. voortstuwingssystemen, voor wapens bedoeld in punten 16 of 19;
27. ontstekers, doelzoekende koppen, gevechtskoppen en voortstuwingssystemen voor gronddoelraketten.

CL5 Hieronder vermelde producten voor integratie in gevechtstanks:

28. chassis speciaal ontworpen voor gevechtstanks;
29. torens speciaal ontworpen voor gevechtstanks.

CL6 Hieronder vermelde producten voor integratie in militaire bemande luchtvaartuigen:

30. voortstuwingssystemen voor luchtvaartuigen;
31. volledige basisstructuren voor gevechtsvliegtuigen.

D. PARLEMENT

Het Verdrag behoeft ingevolge artikel 91 van de Grondwet de goedkeuring van de Staten-Generaal, alvorens het Koninkrijk aan het Verdrag kan worden gebonden.

G. INWERKINGTREDING

De bepalingen van het Verdrag zijn ingevolge artikel 6, eerste lid, op 9 juni 2022 in werking getreden.

De bepalingen van het Verdrag zullen ingevolge artikel 6, vierde lid, van het Verdrag voor elke nieuwe verdragsluitende partij in werking treden op de datum van nederlegging van haar akte van toetreding bij de depositaris.

Uitgegeven de *dertiende* maart 2026.

De Minister van Buitenlandse Zaken,

T.B.W. BERENDSEN